

Sendesperrfrist: 06. April 2017, 11:40 Uhr

Dr. Jens Weidmann
Präsident der
Deutschen Bundesbank

Herausforderungen für den Bankensektor

Rede beim 21. Deutschen Bankentag
in Berlin
am 6. April 2017

Inhalt

1	BEGRÜßUNG	2
2	ANHALTENDES NIEDRIGZINSUMFELD	4
3	FORTSCHREITENDE DIGITALISIERUNG	11
4	STRENGERE, AUFWENDIGERE REGULIERUNG	13
5	SCHLUSS	16

1 Begrüßung

Sehr geehrter Herr Dr. Peters,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke Ihnen sehr herzlich für die Einladung zum 21. Deutschen Bankentag. Eine Rede bei der Veranstaltung eines Bankenverbands zu halten, ist dieser Tage sicherlich keine ganz einfache Aufgabe – zumindest

wenn man die Stimmung nicht allzu sehr trüben möchte. Die Erträge der Banken sind aus ganz unterschiedlichen Gründen unter Druck und wir Notenbanken sind daran nicht ganz unschuldig. Gleichwohl möchte ich heute über die diversen Herausforderungen für den Bankensektor sprechen.

Dabei ist klar, dass die Herausforderungen, über die ich rede, nicht nur die im BdB organisierten Privatbanken betreffen, sondern auch die beiden anderen Säulen, die den deutschen Bankensektor kennzeichnen.

Zum Beispiel auch die Sparkasse Niederbayern-Mitte: Das Institut, das seinen Sitz in Straubing hat, erregte vor einigen Wochen Aufsehen, weil man dort nicht nur Bankgeschäfte abwickeln konnte, sondern auch Pizza angeboten bekam. Zur Begründung der – zugegebenermaßen einmaligen – Aktion erklärte der Chef der Sparkasse: „Wir wollen damit den Versuch starten, den uns namhafte EZB-Politiker immer wieder mal ans Herz legen: Das Erschließen neuer Geschäftsmodelle.“

Ob gerade dieses Geschäftsmodell erfolversprechend ist, um die Ertragslage substantziell zu verbessern, kann man natürlich getrost in Zweifel ziehen: Pizzerien gibt es in Deutschland bereits in großer Anzahl – wenn

auch vermutlich nicht ganz so viele wie Bankfilialen. Im Übrigen würde eine derartige Diversifizierung des Bankgeschäfts auch die Bankenaufsicht vor völlig neue Aufgaben stellen...

Die Faschingsaktion der Sparkasse diene freilich weniger der Verbesserung der Ertragslage – die Einnahmen wurden den Berichten zufolge nämlich gespendet. Vielmehr sollte damit vor allem ein Zeichen des Protests gegen die „extreme Niedrigzinspolitik und eine überbordende Regulatorik“ gesetzt werden.

Zweifellos, meine Damen und Herren, gehören das Niedrigzinsumfeld und die strengere Regulierung zu den großen Herausforderungen, denen sich Banken und Sparkassen gegenübersehen. Als dritte große Herausforderung kommt die Digitalisierung hinzu und auf alle drei Themen möchte ich im Folgenden eingehen. Beginnen will ich mit dem Niedrigzinsumfeld.

1 Anhaltendes Niedrigzinsumfeld

Die historisch niedrigen Zinsen belasten im Zusammenwirken mit einer flachen Zinsstruktur die Ertragslage der Banken nachhaltig. Besonders

betroffen sind dabei die Banken, bei denen der Zinsüberschuss den Hauptteil des Ertrages ausmacht.

Fairerweise sollte jedoch nicht unerwähnt bleiben, dass die sinkenden Zinsen anfänglich bei einigen Banken auch zu positiven Bewertungseffekten geführt haben und die konjunkturstimulierende Wirkung der Geldpolitik das Risiko von Kreditausfällen verringert. Der Gesamteffekt variiert deshalb auch zwischen den Bankensystemen der einzelnen Länder im Euro-Raum und über die Zeit.

Allerdings ist eines klar: Je länger die Niedrigzinsphase anhält, desto größer dürfte die Belastung werden. Das haben unsere Umfragen zum Niedrigzinsumfeld unter kleinen und mittleren Banken gezeigt. Die Neuauflage, für die vor wenigen Tagen der Startschuss fiel, wird dieses Ergebnis aller Voraussicht nach bestätigen.

Insofern ist es auch nachvollziehbar, dass die Rufe nach einer weniger expansiven Geldpolitik gerade auch aus dem Bankensektor lauter werden. „Es wäre wichtig, dass die EZB den Einstieg in den Ausstieg beginnt“, sagt zum Beispiel Ihr Hauptgeschäftsführer Michael Kemmer in einem

Hörfunk-Interview.

Bei solchen Forderungen muss aber natürlich klar sein, dass der EZB-Rat bei seinen geldpolitischen Entscheidungen seinem Mandat gerecht werden muss. Und dieses Mandat verlangt, Preisstabilität zu gewährleisten.

Ob es an der Zeit ist, die Geldpolitik zu normalisieren, richtet sich daher einzig und allein am Ziel der Preisstabilität aus. Nach der Definition des EZB-Rates ist unter Preisstabilität bekanntlich eine Inflation im Euro-Raum von unter, aber nahe 2 % zu verstehen, und zwar mittelfristig.

Wobei die mittlere Frist vom EZB-Rat bewusst nicht genauer spezifiziert worden ist. Wie rasch die Preissteigerungsrate ihren Zielwert erreichen sollte, hängt nämlich auch vom wirtschaftlichen Umfeld ab. Untersuchungen zeigen zum Beispiel, dass sich die Wirtschaft nach schweren Finanzkrisen nur langsamer erholt als nach „normalen“ Rezessionen.

Derzeit gibt es deshalb gute Gründe, warum die Rückkehr in den Bereich von unter, aber nahe zwei Prozent etwas länger dauern kann und nicht um jeden Preis und so schnell wie möglich erreicht werden muss.

Nun ist die Inflationsrate im Euro-Raum innerhalb der letzten Monate deutlich gestiegen, auf Werte nahe 2 %, in Deutschland sogar auf über 2 %. Zuletzt ist die Vorjahrsrate jedoch wieder auf 1,5 % gesunken. Der Inflationsanstieg, aber auch der jüngste Rückgang, ging vor allem auf die Entwicklung der Energiepreise und, in geringerem Umfang, der Nahrungsmittelpreise zurück. Es handelt sich mithin um vorübergehende Effekte, was sich auch daran zeigt, dass die Kernrate, also die Rate ohne Energie und unverarbeitete Nahrungsmittel, weiterhin niedrig ist; sie liegt bei etwa 1 %.

Mittelfristig zeigen die Prognosen aber eine Rückkehr der Inflationsrate in den Zielbereich von unter, aber nahe 2 % an. Denn mit dem anhaltenden Wirtschaftsaufschwung und dem allmählichen Rückgang der Arbeitslosigkeit im Euro-Raum dürften auch die Löhne und damit der binnenwirtschaftliche Preisdruck wieder zunehmen.

Dabei möchte ich freilich nicht verschweigen, dass dieser Ausblick mit einer gewissen Unsicherheit über die zukünftige Entwicklung des Welthandels behaftet ist. Natürlich bereitet mir – und Ihnen sicherlich auch – die protektionistische Rhetorik der neuen amerikanischen Regierung Sorgen.

Wer mit Protektionismus die Wohlfahrt des eigenen Landes steigern möchte, unterliegt dem Fehlglauben, dass internationaler Handel ein Nullsummenspiel ist, bei dem der Gewinn des einen der Verlust des anderen ist. Aber so ist es eben nicht.

Im Gegenteil: Protektionistische Maßnahmen können Gegenreaktionen provozieren und in einem Handelskonflikt münden, der am Ende nur Verlierer kennen wird. Aber das nur am Rande bemerkt.

In dieser Gemengelage besteht jedenfalls Einigkeit im EZB-Rat, dass eine expansive Ausrichtung der Geldpolitik derzeit durchaus angemessen ist. Über den richtigen Grad der geldpolitischen Expansion kann man aber freilich unterschiedlicher Auffassungen sein. Ich hätte mir durchaus eine weniger expansive Geldpolitik vorstellen können, zumal sich viele Wirtschaftsindikatoren positiv entwickeln. So ist etwa die (saisonbereinigte) Arbeitslosenquote im Euro-Raum mit 9,5 % auf den niedrigsten Stand seit Mai 2009 gefallen.

Angesichts der Aussicht auf eine fortschreitende, durchaus robuste wirtschaftliche Erholung im Euro-Raum und eines zunehmenden Preisdrucks

ist auch die Diskussion legitim, wann denn der EZB-Rat die geldpolitische Normalisierung in den Blick nehmen sollte und wie er im Vorfeld seine Kommunikation entsprechend anpassen könnte.

In der geldpolitischen Debatte gilt es im Übrigen auch zu berücksichtigen, dass die sehr expansive Ausrichtung der Geldpolitik vor allem durch den Einsatz unkonventioneller Instrumente erreicht wird.

Dass ich dabei gerade den Ankauf von Staatsanleihen in großem Stil kritisch sehe, ist Ihnen ja sicherlich bekannt. In einer Währungsunion verstärken Staatsanleihekäufe durch die Notenbank die ohnehin schon erhöhte Verschuldungsneigung der Mitgliedstaaten. Ich halte Staatsanleihekäufe deshalb für ein reines Notfallinstrument, insbesondere zur Abwendung einer Deflation, das aber auch dann engen Beschränkungen unterliegen muss.

Nun habe ich die Deflationsbefürchtungen schon in der Vergangenheit für übertrieben gehalten. Mit den insgesamt positiven Konjunkturindikatoren, der höheren Inflationsrate und den jüngsten Inflationsprojektionen der EZB steht für mich außerdem fest, dass dieses ohnehin geringe Risiko nun noch deutlich kleiner geworden ist.

Das sehen im Übrigen auch die Finanzmärkte so. Die aus Inflationsoptionen abgeleitete Wahrscheinlichkeit, dass die Inflationsrate in den nächsten fünf Jahren negativ sein wird, ist so gering wie seit 2011 nicht mehr.

Die umfangreichen Anleihekäufe haben die Notenbanken im Euro-Raum indes zu den größten Gläubigern der Mitgliedstaaten gemacht. Die Finanzierungsbedingungen der Euro-Staaten hängen nun viel unmittelbarer an den geldpolitischen Entscheidungen, als dies bei der normalen Zinspolitik der Fall ist.

Die niedrigen Zinsen bergen zudem das Risiko, dass die Finanzminister einer Tragfähigkeitsillusion aufsitzen. Zumal der Teil der Staatsschulden, den das Eurosystem gekauft hat, der Disziplinierung durch die Kapitalmärkte entzogen wird.

Verglichen mit dem Zinsniveau von 2007 haben die Euro-Länder zusammengenommen immerhin fast 1.000 Mrd Euro an Zinsen gespart. Diese Zinseinsparungen wurden aber nicht dazu genutzt, um die immer noch hohen Staatsschulden zurückzuführen. Stattdessen wurden häufig die Ausgaben weiter ausgeweitet.

Die Geldpolitik darf auf keinen Fall zum Gefangenen der Finanzpolitik werden. Sie darf nicht aus Rücksicht auf mögliche Folgen für die Zinslast einiger Mitgliedstaaten oder die Tragfähigkeit ihrer Staatsfinanzen den Ausstieg aus der sehr lockeren Geldpolitik aufschieben, wenn er aus Sicht der Preisstabilität geboten wäre. So hat auch mein EZB-Ratskollege Benoît Cœuré dieser Tage darauf hingewiesen, dass sich die Regierungen auf höhere Zinsen vorbereiten sollen.

Zumal eine andauernde Niedrigzinspolitik auch mit wachsenden Risiken für die Finanzstabilität verbunden ist. Anhaltend niedrige Zinsen können Übertreibungen auf den Vermögenmärkten Vorschub leisten. Und deshalb ist es ja auch so wichtig, Instrumente an der Hand zu haben, mit denen man Blasen entgegenwirken kann. So können etwa von Überhitzungen am Markt für Wohnimmobilien erhebliche Risiken für die Finanzstabilität ausgehen. Diese Risiken entstehen insbesondere dann, wenn der Erwerb von Immobilien in hohem Maße über Kredite finanziert wird und Banken laxer Vergabestandards anwenden.

Davon kann man derzeit in Deutschland nicht sprechen. Aber das heißt ja

nicht, dass es zu solchen gefährlichen Übertreibungen niemals kommen könnte. Schließlich haben andere Länder im Euro-Raum schon Gegenmaßnahmen ergreifen müssen. Insofern halte ich es grundsätzlich für einen Fortschritt, dass mit dem kürzlich beschlossenen Finanzaufsichtsrechtergänzungsgesetz entsprechende makroprudenzielle Instrumente eingeführt werden.

Ich hätte es freilich für richtig gehalten, wenn die beiden Kennzahlen, die einen Bezug zum Einkommen von Baudarlehnnehmern herstellen, nicht aus dem Gesetzentwurf gestrichen worden wären. Das Einkommen ist schließlich eine maßgebliche Größe zur Bestimmung der Schuldentragfähigkeit eines Haushalts.

Klar ist, dass solche makroprudenziellen Instrumente erste Wahl sind, wenn es gilt, Übertreibungen auf Vermögenmärkten entgegenzuwirken – vorausgesetzt, sie stehen zur Verfügung.

Das heißt aber nicht, dass die Geldpolitik Finanzmarktungleichgewichte einfach ignorieren kann. Schließlich gefährden finanzielle Fehlentwicklungen auf lange Sicht auch die Preisstabilität. So ist ja letztlich auch der geringe

Inflationsdruck, der die Geldpolitik seit Jahren umtreibt, eine Spätfolge der Finanzkrise. Oder um es mit anderen Worten zu sagen: Die Notenbank muss Acht geben, dass ihre Politik nicht am Ende mehr Schaden anrichtet als Nutzen.

Meine Damen und Herren, ich erwähnte es bereits: die niedrigen Zinsen belasten auch die Profitabilität der Banken.

Nun ist es nicht die Aufgabe der Notenbanken, Banken auskömmliche Gewinne zu sichern. Allerdings benötigt eine wirksame Geldpolitik einen gesunden und funktionierenden Bankensektor. Denn Banken sind ein wichtiger Transmissionsriemen der Geldpolitik im Euro-Raum. Das verlangt nach einer starken Kapitalbasis. Und die setzt wiederum eine hinreichende Profitabilität voraus. Denn nur dann können Gewinne thesauriert werden und nur dann besteht ein günstiges Umfeld für Eigenkapitalemissionen.

Die schwache Ertragslage deutscher Banken wird aktuell maßgeblich durch den sinkenden Zinsüberschuss getrieben. Die Ertragsschwäche ist aber grundsätzlich struktureller Natur. Sie bestand bereits vor dem Niedrigzinsumfeld, wird durch dessen Fortdauer allerdings verstärkt. Sie

spiegelt sich auch in einem hohen Aufwand-Ertrag-Verhältnis wider, das seit Jahrzehnten im internationalen Vergleich ungünstig ist. So wenden Banken in Deutschland etwa zehn Cent mehr für einen Euro Ertrag auf als Banken im europäischen Durchschnitt.

Dass die sinkende Ertragslage aktuell nicht voll auf die Gewinne durchschlägt, liegt vor allem an einem historisch geringen Wertberichtigungsbedarf. Der ist wiederum Ausdruck der guten wirtschaftlichen Lage in Deutschland. Eine Verschlechterung des wirtschaftlichen Umfelds könnte die Profitabilität der deutschen Banken also zusätzlich belasten.

Die von mir bereits angesprochene Niedrigzinsumfrage zeigt auch, dass eine lang anhaltende Niedrigzinsphase, die durch eine schnelle Zinswende beendet würde, besonders ertragsbelastend für die Banken wäre. Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich die Banken mit dem Thema Zinsänderungsrisiko auseinandersetzen und eine entsprechende Vorsorge treffen.

Zumal die europäische Bankenaufsicht das Zinsrisiko im Anlagebuch im

Rahmen des diesjährigen Stresstests auch genauer unter die Lupe nimmt. Der Zinsrisikokoeffizient lag Ende 2016 in Deutschland im Mittel bei 18,4 %. Einen Wert über 20 %, der als „erhöht“ gilt, weisen immerhin 44 % der deutschen Institute aus, wobei sich die Lage im Jahr 2016 immerhin leicht verbessert hat.

Vor diesem Hintergrund liegt der Ratschlag an die Banken nahe, ihre Geschäftsmodelle auf den Prüfstand zu stellen und neue Geschäftsfelder zu erschließen. Aber es muss ja nicht unbedingt der Pizza-Verkauf sein...

2 Fortschreitende Digitalisierung

Eine Möglichkeit, um Kosten zu sparen, bietet die Digitalisierung, denn sie erlaubt es, Prozesse zu automatisieren und effizienter zu gestalten. Dennoch stellt die Digitalisierung zunächst eine weitere Herausforderung für die Banken dar. Denn um die Chancen der Digitalisierung wahrnehmen zu können, müssen Banken über eine leistungsfähige und moderne IT-Infrastruktur verfügen. Leider gibt es nicht wenige Banken, über deren IT-Systeme man das nicht behaupten kann. Aufsichtliche Überprüfungen von IT-Systemen zeigen jedenfalls, dass es hier erheblichen Nachhol-, sprich

Investitionsbedarf gibt.

Gleichzeitig treten mit den aufstrebenden Fintechs neue Akteure auf den Plan, die das innovative Potenzial zu nutzen wissen. Und selbst wenn die Fintechs den Banken nicht in der Breite das Geschäft streitig machen, können sie doch für eine zusätzliche Margenkompression sorgen und damit die Ertragssituation der Banken weiter belasten – zumal sich durch die Digitalisierung auch Geschäftsmodelle grundlegend ändern können.

Investitionen in die IT-Infrastruktur dienen aber nicht nur der Wettbewerbsfähigkeit der Banken, sie dienen auch der IT-Sicherheit. Gerade weil unser Finanzsystem immer abhängiger von technischen Systemen ist, wird es zunehmend anfällig gegenüber Angriffen aus dem Cyberspace.

Egal ob von Hackern, Saboteuren oder gar Terroristen ausgeführt, können Cyberangriffe Schäden anrichten, die weit über den unmittelbaren finanziellen Schaden hinausgehen: Sie können die Reputation betroffener Finanzinstitute schädigen und das Vertrauen der Kunden in das gesamte Finanzsystem untergraben.

Auch für die Regulierungsseite ist das Thema Cybersicherheit von hoher

Bedeutung, zumal Angriffe auf IT-Systeme die Finanzstabilität gefährden können. Und deshalb haben wir es im Rahmen der deutschen G20-Präsidentschaft als neues Thema auf die Agenda gesetzt.

Beim G20-Treffen in Baden-Baden haben die Finanzminister und Notenbankchefs den Finanzstabilitätsrat (FSB) mit einer Bestandsaufnahme der relevanten regulatorischen Vorgaben und Aufsichtspraktiken zur Förderung der Cybersicherheit in den Finanzsektoren der G20-Länder beauftragt. Auf dieser Basis sollen dann wirksame Ansätze für den Umgang mit Cyberrisiken entwickelt werden.

3 Strengere, aufwendigere Regulierung

Und damit bin ich bei der dritten Herausforderung angelangt, der sich Banken gegenübersehen: der Regulierung. Banken werden heute deutlich strenger reguliert als vor der Finanzkrise. Auch der Aufsichtsprozess ist aufwendiger geworden, keine Frage.

Für die Banken stellt das zunächst einmal eine zusätzliche Belastung dar, weshalb es verständlich ist, dass es mitunter auch Klagen darüber gibt. Mir

ist dabei bewusst, dass die gestiegenen Regulierungsanforderungen gerade die kleinen und mittleren Banken belasten.

Deshalb ist aus meiner Sicht durchaus die Frage berechtigt, ob bei solchen Instituten nicht bestimmte Erleichterungen möglich sind, ohne die Widerstandsfähigkeit des Bankensektors insgesamt zu beeinträchtigen – Stichwort Proportionalität.

Ich denke dabei zum Beispiel an die Einführung von Bagatellgrenzen bei Offenlegungs- und Meldepflichten, unterhalb derer vereinfachte Regeln gelten oder manche Anforderungen ganz entfallen. Ich denke wohlgerne nicht an geringere Kapitalanforderungen, denn strengere Kapitalvorschriften stellen ja eine zentrale Antwort auf die Krise dar.

Sie haben dazu beigetragen, dass deutsche Banken heute wesentlich mehr und sehr viel hochwertigeres Kapital vorhalten als noch vor wenigen Jahren. So verbesserte sich die durchschnittliche Kernkapitalquote der großen deutschen Institute von 5,4 % im Jahr 2011 auf 12,1 % Mitte letzten Jahres.

Eine gute Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung von Banken wirkt wie eine Schutzimpfung, mit der nicht nur das Risiko sinkt, selbst zu erkranken,

sondern mit der auch das Risiko abnimmt, andere anzustecken. Das globale Impfprogramm für Banken trägt den Namen Basel III.

Basel III sollte eigentlich bis Ende des vergangenen Jahres fertiggestellt werden. Dabei geht es insbesondere um die Regelungen, mit denen die Risikosensitivität und Robustheit der Standardansätze verbessert, die Gestaltungsspielräume beim Einsatz interner Modelle beschränkt und die Verschuldungsobergrenze (Leverage Ratio) kalibriert werden.

Doch entgegen der ursprünglichen Planung konnte eine endgültige Einigung bislang nicht erzielt werden. Zwar wurden die meisten der noch ausstehenden Restarbeiten zum Abschluss gebracht, ein wichtiger Punkt blieb jedoch bislang ungeklärt. Hier geht es um den Vorschlag, eine Untergrenze für die risikogewichteten Aktiva einzuführen. Dieser sogenannte Output-Floor muss mit Bedacht festgelegt werden und für alle Mitgliedsländer im Baseler Ausschuss tragbar sein. Die Verhandlungen liegen jedoch momentan auf Eis, auch weil die Posten der Verhandlungsführer der USA noch nicht besetzt sind.

Eine zügige Wiederaufnahme der Verhandlungen wäre im Interesse aller

Seiten. Und auch wenn Sie, als Betroffene, sich die eine oder andere Regelung sicher anders hätten vorstellen können, so ist es doch auch in Ihrem Interesse, die belastende regulatorische Unsicherheit, die sich durch die Verzögerung der Finalisierung von Basel III ergibt, zu beenden und Planungssicherheit herzustellen.

Die G20-Finanzminister und Notenbankgouverneure haben in diesem Sinne ihre Unterstützung für den Baseler Ausschuss zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig bekräftigt, dass die Finalisierung von Basel III nicht zu einer signifikanten Erhöhung der Eigenkapitalanforderungen führen dürfe.

Ein widerstandsfähigeres Finanzsystem bleibt ein wichtiges Ziel. Das schließt natürlich nicht aus, dass man prüft, ob die bereits umgesetzten Reformen die erwünschten Wirkungen überhaupt erreichen. Oder dass man sich mit den unerwünschten Nebenwirkungen der Regulierung auseinandersetzt.

Angesichts der Vielzahl regulatorischer Maßnahmen, die seit der Finanzkrise getroffen wurden, ist eine Untersuchung der Gesamtwirkung sogar sehr sinnvoll. Und deshalb entwickelt das FSB derzeit ein strukturiertes

Rahmenwerk zur Evaluierung der finanzregulatorischen Reformen der G20.

Aber eines muss völlig klar sein: Es soll ausdrücklich nicht darum gehen, das Rad der Regulierung zurückzudrehen.

Es wäre zweifellos ein großer Fehler, wenn es zu einer Rücknahme von Reformen auf breiter Front oder gar zu einem Wettlauf um die laxeste Regulierung käme. Und ich bin froh, dass der BdB diese Ansicht teilt. Einen Unterbietungswettbewerb in Sachen Regulierung sollten wir übrigens auch im Werben um die Finanzinstitute vermeiden, die aufgrund des Brexits bislang in London angesiedelte Geschäftsbereiche auf das europäische Festland verlagern möchten.

Mit dem Austritt aus der Europäischen Union wird für Banken, die im Vereinigten Königreich ansässig sind, die Möglichkeit entfallen, mit Hilfe des EU-Passes Geschäfte in der gesamten EU machen zu können.

Umgekehrt, und das wird in der Debatte oft vernachlässigt, beeinflusst der Brexit auch den Zugang von Instituten aus der EU zum wichtigen Finanzplatz London. Wir legen deutschen Banken jedenfalls nahe, frühzeitig Kontakt zu den britischen Aufsichtsbehörden zu suchen, um aufsichtliche und

regulatorische Anforderungen für die zukünftige Geschäftstätigkeit zu klären. Darauf zu setzen, dass die britische Finanzaufsicht europäischen Banken den Marktzugang im Zuge einer Äquivalenzentscheidung ermöglicht, hält die Bundesbank jedenfalls für riskant, zumal solche Entscheidungen widerrufbar sind.

4 Schluss

Meine Damen und Herren, da ich meine Redezeit mehr als ausgeschöpft habe, möchte ich jetzt zügig zum Schluss kommen, zumal auf meine Rede eine hochkompetente Diskussionsrunde zum Thema Geschäftsmodelle folgt. Vielleicht haben die Diskutanten ja erfolgversprechendere Ideen als den Verkauf von Pizza.

Ich habe heute über die großen Herausforderungen gesprochen, denen sich der Bankensektor gegenüber sieht: Niedrigzinsumfeld, Digitalisierung und Regulierung. Bildlich gesprochen kann man wohl sagen, dass die Banken derzeit mehr Gegenwind als Rückenwind haben. Doch wie sagte schon Aristoteles: Wir können den Wind nicht ändern, aber wir können die Segel anders setzen. Und die Segler unter Ihnen wissen, dass man Ziele auch

gegen den Wind erreichen kann.

Und deshalb bin ich auch davon überzeugt, dass die deutschen Banken insgesamt in der Lage sind, diese Herausforderungen zu meistern, auch wenn es vielleicht etwas länger dauert.

Ich danke Ihnen fürs Zuhören.

* * *